

2. Qualifizierung von pädagogischem Personal

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte und pädagogisches Personal verpflichtend und kontinuierlich in den Themen LSBTIAQ, Antidiskriminierung und gendersensible Pädagogik aus- und weitergebildet werden und entsprechende Fortbildungsangebote dauerhaft gesichert sind?*

— Als Linke wollen wir Weiterbildungsangebote schaffen, die Lehrkräften vermitteln, wie sie auf die verschiedenen spezifischen Bedürfnisse von Heranwachsenden eingehen. Um sie zu unterstützen, wollen wir Multiprofessionelle Teams etablieren, die Kinder und Jugendliche ganzheitlich und individuell betreuen. Von Anfang an sollen sie Heranwachsende in ihrem Aufwachsen unterstützen. Dafür benötigen sie ausreichendes und gut qualifiziertes Personal sowie gesicherte finanzielle Strukturen. Die beteiligten Fachkräfte wollen wir dazu anregen, sich kontinuierlich fortzubilden.

3. Chancengleichheit im Bildungssystem

— *Die Bildungschancen queerer Kinder und Jugendlicher können durch erfahrene Diskriminierung oder die Angst vor Diskriminierung beeinträchtigt werden. Viele junge Menschen sehen sich dadurch gezwungen, zusätzliche Bewältigungsstrategien zu entwickeln, was ihre schulische und persönliche Entwicklung belasten kann. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Chancengleichheit für queere Kinder und Jugendliche im Bildungssystem zu fördern?*

— Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, ebenfalls in der Schule ohne Angst vor Ausgrenzung und Gewalt aufzuwachsen. Um Heranwachsenden einen gelingenden Schulalltag bieten zu können, setzen wir auf präventive Bildung und Multiprofessionelle Teams sowie den Ausbau der Schulsozialarbeit. Durch die Verankerung der Themen in den Curricula wollen wir Kinder und Jugendliche für queere Menschen sensibilisieren. Teams aus Schulpsycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Lehrkräften und Psycholog*innen unterstützen die Kinder und Familien emotional sowie fachgerecht.

Regenbogenfamilien stärken

1. Queersensible Jugendarbeit

Setzt sich Ihre Partei für die Stärkung von Regenbogenfamilien ein, und damit auch für queersensible Jugendarbeit? Wie wollen Sie verlässliche Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Alltagsstrukturen schaffen, insbesondere Schutzkonzepte in allen Einrichtungen der Jugendhilfe.

Ja, Die Linke setzt sich sowohl für die Stärkung von Regenbogenfamilien ein, als auch für eine queersensible Jugendarbeit. Queere Kinder und Jugendliche sind besonders häufig von Ausgrenzung, psychischen Belastungen und Diskriminierungen betroffen. Sie brauchen verlässliche Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Strukturen. Wir wollen eine qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendhilfe etablieren und die Kommunen entsprechend finanziell ausstatten. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass sich alle Kinder und Jugendlichen wohlfühlen können und so auf ihre verschiedenen Bedürfnisse Rücksicht genommen wird. Darüber hinaus wollen wir die Jugendverbandsarbeit vor allem personell stärken. Um ebenfalls Kinder und Jugendliche besser einzubinden und sie an der Demokratie teilhaben zu lassen, wollen wir bspw. auf kommunaler Ebene die Bildung von Jugendparlamenten, in denen Kinder und Jugendliche ihre Belange bearbeiten können, unterstützen.

2. Landesrecht

Wie soll eine landesgesetzliche Regelung erfolgen, die Regenbogenfamilien sichtbarer macht, einschließlich der Aufnahme vielfältiger Familienformen in Landesregelungen und Angeboten der Familienhilfe und -beratungen?

Regenbogenfamilien sind ein selbstverständlicher Teil unserer inklusiven und bunten Gesellschaft. Dennoch werden sie häufig übersehen. Als Linke wollen wir, dass Familien unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sowie gelebter Beziehungsmodelle der Eltern anerkannt und gleichgestellt werden. Wir wollen prüfen, inwieweit die Familienberatungsstellen queersensibel geschult und weiter ausgebaut werden können. Ebenso wollen wir die Einführung spezialisierter Angebote bspw. für lesbische Paare, die ein Kind adoptieren wollen, prüfen.

Demokratie und Gleichstellung

1. Queere Community stärken

Wie wollen Sie die queere Community und ihre vielfältigen Angebote zukünftig unterstützen? Wie soll eine auskömmliche finanzielle und

strukturelle Unterstützung aussehen? Wie stehen Sie zu den zwei Landeskoordinierungsstellen?

Das Aktionsprogramm *Queer in Sachsen-Anhalt* wollen wir bedarfsgerecht ausgestalten. Bestehende institutionelle Förderungen, wie z. B. für das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt, wollen wir beibehalten. CSDs und pride-ähnliche Veranstaltungen im ländlichen Raum wollen wir mit kleinen Summen niedrigschwellig fördern.

Darüber hinaus wollen wir durch die Stärkung der kulturellen Landschaft und die Wiederbelebung von Szene-Orten queere Identitäten sichtbar machen. Wir wollen diese Orte wieder aufleben lassen und vorhandene Strukturen unterstützen. Auch queere Geflüchtete sollen kulturelle Orte finden, die für ihre Bedürfnisse ausgelegt sind.

Die Linke sieht die Arbeit der beiden LSBTIQ*-Landeskoordinierungsstellen Sachsen-Anhalt als wichtigen Beitrag zur Förderung der Akzeptanz queerer Menschen an. Wir wollen sie weiter ausbauen und sie in ihrer öffentlichen Wirksamkeit unterstützen.

2. Schutz queerer Menschen

Wie wollen Sie die queere Community vor den immer stärker werdenden Angriffen von Rechts schützen? Insbesondere wie stehen Sie zur Einordnung von CSDs als politische Versammlung und deren Schutz?

Versammlungen im Rahmen des *Christopher Street Days* (CSD) sind verstärkt Angriffsfläche rechtsextremer Bewegungen geworden. Deswegen setzen wir uns für Sicherheitspartnerschaften zwischen der Polizei und der kommunalen Ebene zum Schutz der Veranstaltung ein. Des Weiteren wollen wir das Amt der hauptamtlichen Ansprechperson für LSBTTI bei der Polizei stärken. Die Landesregierung wollen wir auffordern, eine Kampagne zur Sichtbarmachung der Gewalt gegen queere Menschen aufzulegen. Extremen und populistischen Positionen, die sich gegen queere Identitäten richten, stellen wir uns entschlossen entgegen.

Darüber hinaus steht Die Linke zum Recht queerer Menschen auf Asyl. Sie sollen in Sachsen-Anhalt eine bessere Beratungslandschaft vorfinden, die institutionell gesichert ist. Für Frauen und queere Personen wollen wir zusammen mit den Kommunen Wohnungen außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen schaffen. Junge queere Geflüchtete sollen starke Strukturen vorfinden, um Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen zu können.

3. Einbindung der queeren Community

Wie will Ihre Partei die queere Community in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden? Soll der fortgeschriebene Aktionsplan, jetzt Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“, umgesetzt, weiter fortgeschrieben und ausgebaut werden? Welchen finanziellen Spielraum sehen Sie jetzt und zukünftig für die Umsetzung?

Bestehende regelmäßige Austauschformate mit den verschiedenen Organisationen wollen wir aufrechterhalten und Veranstaltungen, wie unser Queerpolitisches Parlamentarisches Frühstück, fortführen. Unsere Landtagsfraktion wird sich auch weiterhin auf den Sitzungen des LSQpRT konstruktiv einbringen. Zu queerpolitischen Themen wollen wir die dazugehörigen Interessensorganisationen anhören.

Das Landesprogramm *Queer in Sachsen-Anhalt* wollen wir zusammen mit der queeren Gemeinschaft ausgestalten und mit den notwendigen finanziellen Mitteln füllen. Insbesondere Projekte im ländlichen Raum, im Bereich der Jugendbildung und -hilfe sowie im seniorenpolitischen Bereich wollen wir niedrigschwellig fördern. Zudem wollen wir den Landessportbund mit den notwendigen (institutionell geförderten) Personal- und Sachmitteln ausstatten, um Vielfalt im Sport zu fördern.

4. Art 3 GG

Verfolgt Ihre Partei weiterhin das Ziel, sexuelle und geschlechtliche Identität in den Schutzbereich des Grundgesetzes durch eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz aufzunehmen?

Ja, Die Linke unterstützt u. a. die Forderung des LSVD⁺, Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes in: „Niemand darf wegen seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität [...] benachteiligt oder bevorzugt werden,“ zu ändern. Hierfür wollen wir eine Bundesratsinitiative anstoßen.

Gesundheit

1. Auskömmliche Finanzierung und Weiterentwicklung der HIV/STI-Prävention und sexuellen Bildung

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die AIDS-Hilfen in Sachsen-Anhalt auch künftig dauerhaft auskömmlich finanziert und strukturell weiterentwickelt werden, insbesondere mit Blick auf niedrigschwellige HIV- und STI-Prävention, sexuelle Bildung sowie Test- und Beratungsangebote im

ländlichen Raum? Wie soll dabei gewährleistet werden, dass auch spezifische Zielgruppen, insbesondere Menschen in der Sexarbeit, adäquat erreicht und versorgt werden können?

Die bestehenden institutionellen Förderungen für die AIDS-Hilfen in Sachsen-Anhalt wollen wir beibehalten und eine Erhöhung der Fördermittel prüfen. Die sexuelle Bildung an Schulen wollen wir durch geeignete Träger finanziell und personell unterstützen. Um insbesondere die gesundheitliche Versorgung – auch im Bereich der Testungen und Beratungen – im ländlichen Raum sicherzustellen, wollen wir kommunale Gesundheitszentren schaffen. Für die weiterführende Beratung sollen weiterhin die beiden Schwerpunktpraxen zuständig sein. Um insbesondere Sexarbeitende zu erreichen, wollen wir die Förderung und Kooperation mit den Fachstellen Vera und Magdalena bei der AWO Sachsen-Anhalt aufrechterhalten und ihre Angebote stärken.

2. Psychische Gesundheit und Unterstützung queerer Menschen

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die psychosoziale und mentale Gesundheitsversorgung für queere Menschen zu stärken und bestehende communitybasierte Beratungs- und Unterstützungsangebote dauerhaft finanziell und strukturell abzusichern, um eine bedarfsgerechte Versorgung bei psychischen und psychosozialen Belastungen sicherzustellen?

Als Linke wollen wir die Akzeptanz der queeren Gemeinschaft vollumfänglich erhöhen und das Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt für alle stärken. Tin* Menschen sollen bessere, institutionell gesicherte Beratungsangebote vorfinden. Die sozial-psychologische Beratung wollen wir flächendeckend stärken. Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land muss die gesundheitliche Versorgung sichergestellt sein. Deswegen wollen wir kommunale Versorgungszentren schaffen, die Anlaufstelle für die psychotherapeutische Behandlung sind. Im Rahmen der Ausfinanzierung des Landesprogramms *Queer in Sachsen-Anhalt* wollen wir den Erfolg bestehender Projekte messen und die Einbindung weiterer Peet-to-Peer-Angebote prüfen.

Recht auf Selbstbestimmung

1. TIN* Rechte in Bildung und Verwaltung

*Wie will Ihre Partei Regelungen zum Selbstbestimmungsgesetz so im Landesrecht umsetzen, dass TIN*Personen ausreichend vor Diskriminierung*

*geschützt und vollumfänglich anerkannt werden? Wird es tin*sensible
Schutzkonzepte in allen Bildungseinrichtungen geben?*

Nach dem Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) sind die Standesämter für die Änderung des Geschlechtseintrags und des Vornamens zuständig. Sie unterstehen den Kommunen, die ihre Verwaltung selbstständig organisieren. Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir die Arbeit der Standesämter diskriminierungsfrei gestalten, indem wir ihnen bspw. Handreichungen zur gendergerechten Sprache an die Hand geben.

Als Linke stehen wir für eine inklusive Gesellschaft, in der jedes Kind Platz findet. Daher wollen wir die Förderung aller Kinder strukturell verbessern. Dabei wollen wir das gemeinsame Lernen in den Vordergrund stellen und die individuellen Bedürfnisse jedes Kinds gleichberechtigt berücksichtigen.

2. Beratungsstrukturen für TIN*Personen

*Stellt Ihre Partei die finanziellen und strukturellen Ressourcen zur Verfügung, um TIN*Personen flächendeckend Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung zu stellen? Wie soll in strukturschwachen Regionen ein auskömmliches Angebot gesichert werden?*

Ja, Die Linke möchte durch die Ausgestaltung des Landesprogramms *Queer in Sachsen-Anhalt* ausreichende finanzielle und strukturelle Ressourcen zur Verfügung stellen, damit tin* Personen flächendeckende Beratungs- und Begleitangebote vorfinden.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Röttschke
Landesgeschäftsführer

